

Zur Bedeutung der Deutschen Welle für Entwicklung und Menschenrechte weltweit

Beschluss des Bundesfachausschusses Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands unter der Leitung von Arnold Vaatz MdB vom 19. Juni 2013:

Die Auseinandersetzung um verschiedene Entwicklungsmodelle hat weltweit zugenommen. Sogar die Bedeutung universal geltender Menschenrechte ist heute umstrittener als vor zehn oder zwanzig Jahren. Damit wird unmittelbar unser europäisches Verständnis eines Zusammenlebens in Frieden und Freiheit zur Diskussion gestellt, mit nicht geringen Auswirkungen auf die Bereiche Sicherheit und Wirtschaft. Diese im Grunde machtpolitische Auseinandersetzung wird auch auf den internationalen Medienmärkten in vielfältiger Weise und mit zunehmender Intensität ausgetragen.

Den Auslandsrundfunkanstalten kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Während vor zwanzig Jahren neben der Deutschen Welle (DW) nur zwei internationale Auslandssender am Markt waren (CNN, BBC-World), gibt es derzeit weit mehr als ein Dutzend relevante englischsprachige Fernsehprogramme. Die Deutsche Welle muss sich in diesem Wettbewerb behaupten. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen „können die Deutsche Welle-Programme trotz aller Anstrengungen ... qualitativ und quantitativ derzeit nur sehr begrenzt mithalten“ (Feststellung im Papier der Arbeitsgruppe von DW, ARD, ZDF und Deutschlandradio vom Juni 2012). Das betrifft insbesondere die finanzielle Ausstattung im Vergleich zu Fernsehprogrammen anderer Auslandssender.

Der Medienpolitische Expertenkreis der CDU Deutschlands stellte in seinem Positionspapier „Konzentration der Kräfte“ vom August 2012 fest: „Die Deutsche Welle leistet für die Außendarstellung unseres Landes einen entscheidenden Beitrag. Ihre Kernaufgaben sind die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes im Ausland sowie die Förde-

rung der deutschen Sprache. Die Aufgabenstellung muss jedoch durch die finanzielle Ausstattung des Senders leistbar bleiben. Dabei gilt es, die Kooperation von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit der Deutschen Welle deutlich zu verstärken. Mindestens mittelfristig ist allerdings zu prüfen, ob die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes und deutscher Politik in Europa und international nicht einer sehr viel leistungsfähigeren Deutschen Welle bedarf – insbesondere mit Blick auf die erdrückende Konkurrenz anderer Auslandssender.“

Die Deutsche Welle leistet einen wesentlichen Beitrag zur Außendarstellung unseres Landes und für die weltweite Präsenz der deutschen Sprache. Dazu gehört auch der Auftrag, zur Verbreitung unseres Verständnisses von Menschenrechten und Entwicklung beizutragen. Nach dem DW-Gesetz sollen die Angebote des deutschen Auslandrundfunks Deutschland *„als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern.“* (DW-Gesetz §4)

Dieses Ziel entspricht dem Selbstverständnis deutscher Außenpolitik als werte- und interessengetrieben. Dem friedlichen Zusammenleben in der Welt bis hin zur Unterstützung der deutschen exportorientierten Wirtschaft wird mittel- und langfristige am meisten gedient, wenn der Schutz der Menschenwürde und elementarer Menschenrechte immer und überall selbstverständlicher werden. Stabilität, Sicherheit, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit machen ein Land erst wirklich attraktiv für Privatinvestitionen, Handel und Dienstleistungen. Nach unserer Überzeugung gehören dazu letztlich auch immer freie und gleiche Wahlen und verschiedene Möglichkeiten der demokratischen Mitgestaltung der Gesellschaft, da Stabilität dauerhaft nicht von oben erzwungen werden kann, sondern von unten getragen werden muss. Freie und verantwortlich handelnde Medien spielen in diesem Prozess eine entscheidende Rolle.

Mit der wirtschaftlichen und zunehmend auch politischen Stärke aufstrebender Volkswirtschaften wie beispielsweise China oder von Rohstoffökonomien wie Russland werden auch die dahinter stehenden Entwicklungsmodelle dieser Länder vielfach als Relativierung oder

gar als Alternative zu unserem Modell und Verständnis eines „freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaats“ verstanden. Das fordert auch unsere deutsche und europäische Menschenrechtspolitik und Entwicklungszusammenarbeit heraus.

Der Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands stellt in diesem Zusammenhang fest:

- Wir brauchen auch in Zukunft einen Auslandssender mit Fernsehen, Hörfunk und Online-Angeboten aus Deutschland. Eine schwindende Konkurrenzfähigkeit des deutschen Auslandsrundfunks stünde im eklatanten Gegensatz zu unseren weltweiten Interessen. Neben sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen sind vor allem Kultur- und Wertevermittlung wesentlich.
- Es liegt in unserem Interesse, trotz der Vorherrschaft angelsächsischer Medien und der Aktivitäten der Schwellenländer (BRICS) und starker Auslandssender im arabischen Raum wie Aljazeera eine eigene Sicht der Dinge, eine weltweit wahrnehmbare deutsche Perspektive anzubieten. Das Bild Deutschlands im Ausland, unser Engagement in Europa und der Welt und die Wertevorstellung der Europäischen Union sollten weit mehr als gegenwärtig auch von der Deutschen Welle und nicht zuerst von anderen Medien geprägt werden.
- Gerade auf Grund der Staatsferne und Unabhängigkeit der Deutschen Welle und insbesondere wegen des im DW-Gesetz formulierten, oben genannten Ziels bleibt die Deutsche Welle auch in ihrer Bedeutung für den weltweiten Schutz der Menschenrechte und die Vermittlung unseres Werteverständnisses unverzichtbar. Die Deutsche Welle sollte als eine Stimme der Menschenrechte weltweit wahrgenommen werden.
- Wir begrüßen ausdrücklich die hierzu in der Vergangenheit geleistete Arbeit und Qualität des Angebots. Dazu gehören vor allem Bildungsprogramme, die Aktivitäten der DW-Akademie bei der Journalistenausbildung, das jährliche Global Media Forum und die verschiedensten Formate, Magazine und Gesprächsrunden, die sich in besonderer Weise dem „Verständnis und dem Austausch der Kulturen und Völker“ widmen.
- Die Durchführung von Entwicklungsprojekten durch die Deutsche Welle kann eine sinnvolle Ergänzung der medienpolitischen Aktivitäten – z. B. der journalistischen Nachwuchsförderung - der Politischen Stiftungen und der Gesellschaft für Interna-

tionale Zusammenarbeit sein. In vielen Fällen ist auch eine Zusammenarbeit der Deutschen Welle mit anderen engagierten Organisationen zweckmäßig.

- Es ist zu begrüßen, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den letzten Jahren Projekte der DW-Akademie finanziert hat und die Zusammenarbeit zukünftig gestärkt werden soll.
- Die Bedeutung der Deutschen Welle für den Bereich Menschenrechte und Entwicklung liegt regional eher außerhalb Europas, inhaltlich vor allem bei Nachrichten, Berichterstattung und Magazinsendungen. Obschon nicht zuletzt auch die deutsche Sprache vermittelt werden soll, liegt der Schwerpunkt bei den hier genannten Themen im Englischen, da es um weltweite Information und Meinungsbildung geht.
- Die Marke „Deutsche Welle“ ist auch weiterhin geeignet, ein weltweit einzigartiges Angebot unabhängiger und glaubwürdiger Berichterstattung darzustellen. Dafür müssen beim zuständigen Staatsminister für Kultur und Medien die finanziellen Mittel erhöht und auf Kernbereiche der Aufgabenstellung konzentriert eingesetzt werden. Um den Erfolg der eingesetzten Mittel weiter zu steigern, sollte die Wirkung der Programme der Deutschen Welle untersucht und ausgewertet werden.
- Wir unterstreichen die gesamtstaatliche Verantwortung für einen hochwertigen medialen Auftritt Deutschlands im Ausland. Es gibt nicht nur eine unbestrittene Verantwortung des Bundes für die Deutsche Welle, sondern auch ein eigenes Interesse der Bundesländer an der Vermittlung unserer Kultur, Tradition, Religion und Werte im Ausland. Bund und Länder sollten deshalb stärker zusammenwirken.
- Bei der derzeitigen Suche nach einer neuen Organisationsstruktur, die für eine dauerhafte Absicherung und Finanzierung der Deutschen Welle notwendig ist, sollten die Bedeutung und die großen Möglichkeiten der Deutschen Welle im Bereich Menschenrechte und wirtschaftliche Zusammenarbeit unbedingt berücksichtigt werden. Eine ausschließlich an Finanzierungsinteressen und -zuständigkeiten im föderalen System ausgerichtete Lösung könnte auch Chancen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland ungenutzt lassen.
- Wir würdigen ausdrücklich die Erfolge bei der verbesserten Zusammenarbeit der Deutschen Welle mit den Landesrundfunkanstalten der ARD und dem ZDF. Allerdings muss aus unserer Sicht die Zusammenarbeit über die Bereitstellung und die Übernahme von Programminhalten hinausgehen. Notwendig sind eine verstärkte Kooperation und ein gemeinsamer, zumindest verbesserter Zugriff auf das welt-

weite Korrespondentennetz von ARD, ZDF und Deutschlandradio und Deutscher Welle. Dabei sind die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und gegebenenfalls anzupassen.